

3


Abt. Außen- und  
Sicherheitspolitik  
(Schw.)

i. H., 26. Juli 1990

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Nach Auskunft des Leiters des Planungsstabes im Außenministerium, Herrn von Braunmühl, sowie des Büroleiters des Außenministers ist im MfAA kein Schreiben des sowjetischen Außenministers Schewardnadse an Herrn Meckel zu den jüngsten Gesprächen zwischen Kanzler Kohl und Präsident Gorbatschow und deren Ergebnissen eingegangen. Von der sowjetischen Botschaft wurde dem MfAA allerdings eine ausführliche Information zu dieser Problematik übergeben, die ich Ihnen beiliegend übermitteln möchte.

Hochachtungsvoll



Th. Steinbach

1 Anlage

MP

350 00

DPo 1

Übersetzung aus dem Russischen

### I n f o r m a t i o n

über die Hauptergebnisse der Gespräche M.S. Gorbatschows mit dem Bundeskanzler der BRD, H. Kohl, während dessen Arbeitsbesuches in der UdSSR vom 14. - 16. Juli 1990

Die Gespräche waren der Erörterung von Schlüsselproblemen der gegenwärtigen Lage in Europa, vor allem im Zusammenhang mit der Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung, sowie der Perspektiven für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen unter den Bedingungen der sich auf dem Kontinent vollziehenden Veränderungen gewidmet.

Im Verlaufe des Meinungsaustausches in Moskau und Archysa wurden alle Aspekte der sich dynamisch entwickelnden Situation in der Welt tiefgründig erörtert. Von beiden Seiten wurde festgestellt, daß sich in der letzten Zeit wesentliche positive Veränderungen in der internationalen Lage vollzogen haben, die einen prinzipiell neuen historischen Kontext der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa bilden. Die Beziehungen zwischen Ost und West werden auf die stabile Grundlage des gegenseitigen Vertrauens, der guten Nachbarschaft, der Achtung der gegenseitigen Interessen und der zuverlässigen Sicherheit für alle gestellt.

Von außerordentlicher Bedeutung in dieser Hinsicht wird die bevorstehende Erarbeitung einer gemeinsamen Deklaration der Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO sein, in der erklärt würde, daß sie keine Gegner sind und sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt, jedweder Aktionen, die mit den Zielen und Grundsätzen der UN-Charta und der KSZE-Schlußakte unvereinbar sind, enthalten werden.

Ein wesentlicher Fortschritt ist in der Entwicklung des KSZE-Prozesses und seiner Institutionalisierung festzustellen, was es ermöglicht, auf konkrete und gewichtige Lösungen auf dem Pariser "Gipfel" zu rechnen.

Auf die praktische Ebene gelangt die Schaffung neuer Sicherheitsstrukturen in Europa, in denen sich in der Perspektive die gegenwärtigen Blockstrukturen auflösen können.

Umfangreiche Lösungen auf dem Gebiet der Abrüstung sowohl im strategischen als auch europäischen Maßstab wurden vereinbart bzw. vorbereitet, deren Verwirklichung es gestatten wird, das Niveau der militärischen Konfrontation spürbar zu senken und die Völker von der verheerenden Last des Wettrüstens zu befreien.

Alle diese bedeutenden Fortschritte in den internationalen Angelegenheiten, die in den letzten Monaten erreicht wurden, schufen günstige Bedingungen für die Gespräche mit H. Kohl, ermöglichten umfassende Vereinbarungen zu den Fragen, die während seines Besuches erörtert wurden. Im Geiste des politischen Realismus erarbeiteten die führenden Repräsentanten der UdSSR und der BRD Lösungen, die sowohl die Positionen der UdSSR als auch die Positionen der BRD integrieren und die Interessen und Standpunkte der anderen interessierten Staaten, darunter der Teilnehmer an den Verhandlungen "2+4", und des gesamteuropäischen Prozesses voll und ganz berücksichtigen.

Konkret laufen die Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Bundeskanzler H. Kohl auf folgendes hinaus:

1. Es wurde Übereinstimmung über den künftigen Abschluß eines umfangreichen Vertrages zwischen der Sowjetunion und dem vereinigten Deutschland erzielt, in dem unter Berücksichtigung der geltenden Verträge und Abkommen der UdSSR mit der BRD und der DDR alle Hauptgebiete der Beziehungen geregelt werden, einschließlich des Bereiches der Politik und Sicherheit, der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, der Kultur und des

Jugendaustausches, mit dem Ziel, die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Volk unter den neuen Bedingungen zu gewährleisten.

Wir gehen davon aus, daß der Abschluß eines solchen Vertrages dem in unseren Kontakten mit den führenden Repräsentanten der DDR wiederholt zum Ausdruck gebrachten Streben entspricht, all das Gute, was in den Jahren der umfangreichen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DDR geschaffen wurde, zu erhalten, zu entwickeln und zu festigen, und wir hoffen auf einen produktiven Meinungsaustausch mit der DDR-Führung zu den Fragen, die mit den Perspektiven der Entwicklung der sowjetisch-deutschen Beziehungen nach der Vereinigung zusammenhängen.

2. Es wurde die Bereitschaft der UdSSR und der BRD bekräftigt, den schnellen Abschluß der Verhandlungen im Rahmen der "2+4" zu fördern mit dem Ziel, eine endgültige völkerrechtliche Regelung mit Deutschland bis zum KSZE-Gipfeltreffen im Herbst d. J. auszuarbeiten.

3. Von Seiten H. Kohls wurden erneut feste Versicherungen in bezug auf die Grenzen des vereinigten Deutschland abgegeben. Es wird lediglich das Territorium der BRD, der DDR und Groß-Berlins einschließen, und seine äußeren Grenzen werden endgültig die äußeren Grenzen der BRD und der DDR sein. Es werden Verpflichtungen des vereinigten Deutschland fixiert, keine territorialen Ansprüche an andere Staaten zu haben und auch in Zukunft an niemanden solche Ansprüche zu stellen.

4. Die Regierung der BRD erklärte ihre Zustimmung, daß die Streitkräfte des vereinigten Deutschlands wesentlichen Reduzierungen unterzogen werden und nicht mehr als 370000 Mann betragen (Land- Luft- und Seestreitkräfte). Die faktischen Reduzierungen werden etappenweise gleich nach Abschluß des Vertrages in den Verhandlungen Wien-I erfolgen, treten jedoch nach den Worten Kohls völkerrechtlich im Kontext der Vereinbarungen in den Verhandlungen Wien-II in Kraft, wo zahlenmäßige

Begrenzungen für die Truppen auch der anderen europäischen Staaten festgelegt werden. Die Bereitschaft der Deutschen, das Niveau ihrer Streitkräfte auf 370 000 zu begrenzen, wird auch in dem Dokument über die abschließende völkerrechtliche Regelung mit Deutschland ihren Niederschlag finden.

5. Nach der Vereinigung Deutschlands werden auf dem Territorium der gegenwärtigen DDR sowjetische Truppen verbleiben, und die Termine und Modalitäten ihrer Anwesenheit werden in einem Vertrag zwischen den Regierungen der UdSSR und des vereinigten Deutschland festgelegt.

Zwischen den Regierungen der UdSSR und des vereinigten Deutschland wird ebenfalls ein Vertrag abgeschlossen, der die ökonomischen und finanziellen Folgen regelt, die für die UdSSR, darunter für ihre Truppen, im Zusammenhang mit der Einführung der Mark der BRD auf dem Territorium der DDR entstehen.

Ein bedeutender Teil dieser Fragen macht eine Erörterung auf trilateraler Basis erforderlich.

6. Nach der Vereinigung Deutschlands werden die Strukturen der NATO nicht auf das gegenwärtige Territorium der DDR ausgedehnt. Während der dortigen Anwesenheit sowjetischer Truppen werden auf dem Territorium der DDR keine der NATO unterstellten Truppen stationiert, d.h. es werden sich nur deutsche Territorialeinheiten hier befinden. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen wird es auf dem Territorium der ehemaligen DDR keinerlei ausländische Truppen und deren Bewaffung, einschließlich Kernwaffen, geben. Die der NATO unterstellten Teile der Bundeswehr können auf dem Territorium der DDR stationiert werden, jedoch werden sie keine Kernwaffenträger haben.

Somit wird sich die bestehende militärisch-politische Lage in diesem Raum nicht zu Lasten der Sowjetunion und der anderen Nachbarn Deutschlands verändern, was von prinzipiell wichtiger Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Stabilität und des Kräftegleichgewichts auf dem Kontinent ist.

7. Das vereinigte Deutschland wird an die Verpflichtung gebunden sein, keine Massenvernichtungswaffen zu haben und solche nicht zu erwerben, und Mitglied des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen bleiben.

8. Nach dem Abschluß der Arbeiten im Rahmen von "2+4" an dem Dokument über die abschließende völkerrechtliche Regelung mit Deutschland und dessen Inkrafttreten (dazu wird erforderlich sein, das ausgearbeitete Dokument in der durch die verfassungsmäßigen Prozeduren der Teilnehmerstaaten vorgesehenen Weise zu bestätigen) wird die Gültigkeit der Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte für Berlin und Deutschland als Ganzes beendet sein, und das vereinigte Deutschland wird die erforderliche Souveränität erhalten, darunter auch bei der Lösung von Fragen, die mit der Bündniszugehörigkeit verbunden sind.

9. Es wurde Einvernehmen erzielt, daß die Frage der Anwesenheit von Truppen der vier Mächte auf dem Territorium Groß-Berlins nach der Vereinigung Deutschlands durch den Abschluß eines speziellen Abkommens oder von Abkommen zwischen der deutschen Regierung und den Regierungen der vier Mächte gelöst werden muß. Die Zahl der Truppen der drei Mächte darf sich im Vergleich zur gegenwärtigen Zahl nicht erhöhen. Es darf keine Veränderung des Charakters und der Quantität ihrer Rüstungen geben, d. h. sie werden auch künftig keine Kernwaffen und Kernwaffenträgermittel haben.

Die Gespräche M.S. Gorbatschows mit H. Kohl haben gezeigt, daß es zwischen den führenden Repräsentanten der UdSSR und der BRD eine breite Gemeinsamkeit der Ansichten und Einschätzungen in bezug auf die Perspektiven der weiteren Entwicklung der Situation in Europa und in der Welt und auf die Schaffung von Bedingungen für einen stabilen Frieden und eine stabile Zusammenarbeit im Interesse der Gewährleistung einer sicheren

Zukunft für alle Völker, darunter für das sowjetische und das deutsche Volk, gibt. In der Absicht, die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem vereinigten Deutschland nach Kräften zu entwickeln, wollen die führenden Repräsentanten der UdSSR und der BRD nicht den Weg der Absonderung vom allgemeinen Prozeß der internationalen Zusammenarbeit und Verständigung gehen. Im Gegenteil. Es geht darum, diesen Prozeß durch abgestimmte Anstrengungen der beiden großen europäischen Staaten zu bereichern.

Die stattgefundenen Gespräche sind ein bedeutender Beitrag zur endgültigen Überwindung des Erbes des "kalten Krieges" in den internationalen Beziehungen, zur Regelung der akuten Probleme, die eine Gesundung der Lage in Europa bis zur jüngsten Zeit erschwerten. Sie führen nahe an neue Horizonte, an den Übergang von der Nachkriegsperiode zur Nach-Nachkriegsperiode in der Entwicklung Europas heran.

Die Realisierung der erzielten Vereinbarungen erfordert natürlich eine ernsthafte Arbeit auf bilateraler wie auf multilateraler Ebene, bevor die prinzipielle politische Zustimmung die Form konkreter völkerrechtlicher Dokumente annimmt. Jedoch sind beide Seiten fest entschlossen, diese Arbeit in kurzer Frist zu verwirklichen, um im Geiste der Verantwortung vor ihren Völkern und der ganzen Welt dem Prozeß der friedlichen Umgestaltung Europas einen mächtigen Impuls zu verleihen.

Bei den Gesprächen mit H.Kohl berücksichtigte die sowjetische Seite die auf der jüngsten Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zum Ausdruck gebrachten Meinungen, daß es wünschenswert ist, die Angelegenheiten im Zusammenhang mit der begonnenen Vereinigung Deutschlands und die Beseitigung der Probleme, die die europäische Entspannung belasteten, so konstruktiv

wie möglich abzuwickeln. Ein analoges Herangehen bekundete diesbezüglich auch die Regierung der BRD.

Die Ergebnisse des Besuches von H. Kohl in der Sowjetunion entsprechen den breiten internationalen Interessen und sind ein überzeugender Beweis für die Bereitschaft, im Geiste des neuen politischen Denkens zu handeln. Es wurde ein wichtiger Durchbruch in einer der kompliziertesten Richtungen der gegenwärtigen Weltpolitik erreicht.



## Übersetzung aus dem Russischen

Wir danken der DDR für ihre Zustimmung zur Vorbereitung des Entwurfs einer gemeinsamen Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der NATO und sind bereit, in dieser Arbeit Unterstützung zu gewähren. Natürlich interessiert uns die Frage, wann die deutschen Kollegen diesen Entwurf vorzubereiten beabsichtigen. Wenn seitens des MfAA der DDR die Notwendigkeit bilateraler Konsultationen mit der sowjetischen Seite entsteht, wäre das MfAA der UdSSR bereit, diese zu einem für beide Seiten genehmen Termin in Berlin oder in Moskau durchzuführen.

Unter Berücksichtigung dessen, daß die DDR keine Möglichkeit hat, eine kollektive Erarbeitung des Entwurfs einer Deklaration durch Experten der verbündeten Staaten in Berlin zu organisieren, ist die sowjetische Seite bereit, sie in Moskau zu empfangen. Die Ankunftszeit der Experten (je zwei bis drei Personen je verbündeten Staat) könnte später festgelegt werden in Abhängigkeit davon, wann die DDR den Entwurf vorbereitet haben wird.